Deutscher Bundestag **Drucksache 16/4348**

16. Wahlperiode 19. 02. 2007

Antwort
der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Roland Claus, Dr. Gesine Lötzsch, Dr. Dietmar Bartsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/4240 –

Beschäftigungschancen in Ostdeutschland

Vorbemerkung der Fragesteller

Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) kommt in seinem Gutachten „Ostdeutsche Wirtschaft: Wachstum der Produktion bleibt erneut im Ost-West-Vergleich zurück" zu dem Schluss: Auch im Jahr 2007 wird sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt nochmals verschlechtern.

1. Wie beurteilt die Bundesregierung die Wirkungen der Einschätzung des IWH auf die Beschäftigungschancen in Ostdeutschland?
2. Mit welchen Maßnahmen will sie dem Beschäftigungsabbau in den neuen Ländern gegensteuern?

Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle hat in seiner Publikation „Ostdeutsche Wirtschaft: Wachstum der Produktion bleibt erneut im Ost-West-Vergleich zurück" (in Wirtschaft im Wandel 7/2006) basierend auf der Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung 2005 auch für die Jahre 2006 und 2007 eine ungünstige wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland prognostiziert. Demnach würden angesichts der Strukturschwächen die Wachstumsraten im Osten hinter denen im Westen zurückbleiben, zudem sei im Prognosezeitraum nicht mit einer Trendwende am ostdeutschen Arbeitsmarkt zu rechnen. Die Einschätzungen von Wirtschaftsforschungsinstituten über die künftige wirtschaftliche Entwicklung werden durch die Bundesregierung nicht im Einzelnen kommentiert.

Die Bundesregierung weist aber darauf hin, dass entgegen der Prognose des Instituts bereits im ersten Halbjahr 2006 das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in den neuen Ländern (ohne Berlin) mit 2,4 Prozent das der alten Länder (2,1 Prozent) überstieg. Wachstumsmotor war dabei das verarbeitende Gewerbe in den neuen Ländern, dessen Zuwachs an Bruttowertschöpfung im 1. Halbjahr 2006 mit 11,3 Prozent (ohne Berlin) deutlich das der alten Länder (4,4 Prozent) übertraf. Die Daten für das gesamte Jahr 2006 bestätigen dann diesen Trend: das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts der neuen Länder (ohne Berlin) liegt mit

---

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung vom 15. Februar 2007 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

2,8 Prozent über dem der alten Länder (2,5 Prozent); der Zuwachs der Bruttowertschöpfung des verarbeitenden Gewerbes beträgt in den neuen Ländern (ohne Berlin) 11,5 Prozent gegenüber 4,8 Prozent in den alten Ländern. (Quelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder“).

Das anziehende Wirtschaftswachstum hat mehr und mehr positive Auswirkungen auf den ostdeutschen Arbeitsmarkt. Die Zahl der Arbeitslosen in Ostdeutschland lag im Januar 2007 um 207 000 (12,6 Prozent) niedriger als ein Jahr zuvor. Besonders positiv ist dabei zu vermerken, dass im November 2006 die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Ostdeutschland gegenüber November 2005 um 1,5 Prozent gestiegen ist (Quelle: Bundesagentur für Arbeit – Monatsbericht Januar 2007). Allerdings bleibt das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit in den neuen Ländern bestehen.

Die Bundesregierung sieht in dem gegenwärtigen konjunkturellen Aufschwung auch ein Resultat des nationalen Reformprozesses und der Förderstrategie für den Aufbau Ost. Daher wird die Bundesregierung auch weiterhin eine flexible und breit angelegte Förderung für die neuen Länder bereitstellen, um den in Ostdeutschland noch bestehenden Strukturschwächen zu begegnen. Beispielhaft wird hier auf die bis 2009 verlängerte Investitionszulage verwiesen. Dabei steht in der Förderpolitik für die neuen Länder die Förderung von Investitionen und Innovationen sowie die Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft im Vordergrund.

3. Wie viel weniger Arbeitsplätze können gegenüber den mit der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ in den neuen Ländern bislang zusätzlich geschaffenen 66 500 sowie den rund 187 400 gesicherten Dauerarbeitsplätzen 2007 wegen der Absenkung der Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe um 50 Mio. Euro in den einzelnen Bundesländern geschaffen und gesichert werden?

Es ist nicht möglich, eine Aussage darüber zu treffen, wie sich im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ die Mittelkürzung von 50 Mio. Euro auf die zusätzlich geschaffenen bzw. gesicherten Dauerarbeitsplätze im Jahr 2007 auswirken wird.

4. Welche Statistiken wären vor dem Hintergrund, dass die Bundesregierung die gesamtwirtschaftliche Entwicklung nur für den gesamten Gebietsstand der Bundesrepublik Deutschland prognostizieren kann, weil differenzierte Prognosen nach alten und neuen Bundesländern aufgrund fehlender Primärstatistiken nicht möglich sind (siehe Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 16/2241), notwendig, um die Entwicklung der Beschäftigung in den neuen Ländern einschätzen zu können?

Die Zahl der Erwerbstätigen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wird auf Basis aller zum Berechnungszeitpunkt verfügbaren erwerbsstatistischen Quellen gewonnen. Insgesamt fließen in die Erwerbstätigenrechnung zurzeit 48 auf unterschiedlichen Berichtswegen gewonnene Statistiken ein. Zusätzlich muss die Konsistenz zwischen der Erwerbstätigenrechnung und den anderen Zweigen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gegeben sein. Um eine Differenzierung der Erwerbstätigenentwicklung zwischen alten und neuen Bundesländern vorzunehmen, wären auch entsprechend differenzierte Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen erforderlich. Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen basieren auf rund 350 amtlichen und nicht-amtlichen Primärstatistiken. Viele dieser Statistiken liegen nicht differenziert nach alten und neuen Bundesländern vor. Selbst zentrale Primärstatistiken, wie z. B. die

monatliche Erhebung der Produktionskennziffern im Produzierenden Gewerbe, Preisstatistiken, Außenhandelsstatistiken oder Zahlungsbilanzstatistiken sind ausschließlich für den gesamten Gebietsstand der Bundesrepublik Deutschland verfügbar.

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333